

BLICKWINKEL

Politisches Magazin über Aufbruch und Bewahren



Linksextremismus

Schwarz-Gelb versagt. Rot-Grün macht mit
ab Seite 12

Ungewollt schwanger, ungewollt kinderlos

Die moderne Familienplanung auf dem Prüfstand
ab Seite 14

Die Lüge vom E-Auto

vernichtet den Wohlstand!
ab Seite 18

EINBLICKE UND AUFTRITTE

Bernd Rummler ist dreifacher Vater und lebt in Gummersbach (Oberbergischer Kreis).

Er ist Sprecher des Kreisverbandes und Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag. Für unsere Fraktion im Landtag ist er der Mann, der sich um die Planung und Organisation von Veranstaltungen kümmert.

Die Arbeit von Abgeordneten ist weit weniger glamourös, als sich das mancher vorstellen mag. Sie besteht im Wesentlichen aus Lesen, Zuhören und Reden und findet hauptsächlich im Parlament, den Ausschüssen und im Büro statt. Umso wichtiger ist persönlicher Kontakt, um diese Arbeit für Wähler greifbar zu ma-

chen. Daher organisiert Bernd Rummler unter dem Titel „Bürgerdialog – Fraktion vor Ort“ Veranstaltungen in ganz NRW: Abgeordnete berichten aus dem Landtag und zu aktuellen Themen. Im Gegenzug nehmen sie Anregungen und Kritik – vielleicht auch Lob – der Bürger mit nach Hause.

Dafür ist einiges zu tun: Mit den Abgeordneten und Kreisvorständen werden Termine abgestimmt, Räumlichkeiten gebucht, Catering und die Sicherheit organisiert. Wenn alles passt, wird die Veranstaltung beworben. Flyer, Anzeigen und Plakate werden verbreitet. Am Veranstaltungsabend werden helfende Hände – die es zum Glück immer gibt – dirigiert: Die Stuhlreihen müssen stehen, die Bühne vorbereitet, die Tonanlage getestet und der Beamer ausgerichtet sein. Schnell werden noch Werbemittel und Broschüren ausgelegt. Stehen Getränke bereit? Wo ist der Flaschenöffner? Und wer verlässt nach der gelungenen Veranstaltung als Letzter den Saal, nachdem alles aufgeräumt ist?

Bernd Rummler! Dafür danken wir ihm.



Unsere Veranstaltungen finden Sie hier:

afd-fraktion.nrw/events, facebook.com/afdfraktionNRW – oder per QR-Code

Wir würden uns freuen, Sie bei uns (wieder) begrüßen zu dürfen.
Lernen Sie uns kennen!



Editorial

Mut zu Kindern

Erinnern Sie sich noch? Es war Jürgen Rüttgers, der damalige Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, der im Jahr 2000 sinngemäß reimte: „Kinder statt Inder!“ Einmal abgesehen davon, was man von den Poesiekünsten des CDU-Politikers halten mag: Der darin zum Ausdruck kommende Gedanke, dass wir uns zunächst um den hiesigen Nachwuchs kümmern, bevor wir ungesteuert und unbegrenzt Zuwanderer einladen, ist natürlich richtig. Was ist seitdem passiert, dass die Union diese weltweit völlig normale Position nicht mehr teilt? In einer atemraubenden Linksdrift hat sich die CDU von so ziemlich allem verabschiedet, was sie einmal – zumindest rhetorisch – ausmachte. Sei es, dass wir nicht für die Schulden anderer Länder aufkommen, sei es die Wehrpflicht, Sicherheit und Schutz unserer Grenzen, bezahlbarer Strom, aber auch, dass es doch zuvörderst die Familie ist, in der Kinder sozialisiert und geliebt werden.

Für mich ist klar: Nicht der Staat, sondern zu allererst Mütter und Väter sind es, die ihren Kindern die Liebe und Fürsorge geben können, die sie brauchen. Das schließt keinesfalls aus, dass es auch umfangreiche und passgenaue Möglichkeiten zur Fremdbetreuung geben muss. Dies allein schon, weil ja ein Gehalt heute, anders als noch vor 20, 30 Jahren, nicht mehr ausreicht, aber auch, weil Frauen zu Recht wirtschaftlich unabhängig sein wollen. Und nicht zuletzt, weil Arbeit auch Sinnstiftung bedeutet, für Männer wie für Frauen. Allerdings kann ich nicht erkennen, dass der umgedrehte Zwang – hin zur Fremdbetreuung schon als Baby –, der heute politisch und gesellschaftlich auf Frauen und Familien ausgeübt wird, nun den großen Fortschritt darstellt. Worauf junge Mütter und Väter viel eher angewiesen sind, ist echte Wahlfreiheit. Wer seine Kinder bis zum Kindergarten selber betreuen möchte, darf finanziell nicht schlechter dastehen. Dass man von links-grüner Seite das Betreuungsgeld als angebliche Herdprämie verfemte, ist ein Schlag ins Gesicht der Familien, die sich für die persönliche Erziehung ihrer Kinder entscheiden.



MARKUS WAGNER, MITGLIED DES LANDTAGS,
FRAKTIONSVORSITZENDER

Desgleichen ist es nicht hinzunehmen, dass Familien nicht endlich mehr finanziellen Spielraum haben. Wir wollen vor allem Familien mit normalen Einkommen entlasten und Mut zu Kindern machen. Dazu gehören auch konkrete Fördermaßnahmen, wie Ehestart-Kredite mit Teilerlass für jedes Kind, Wohneigentumsförderung für Familien, BAFöG-Rückzahlungserlasse für junge Familien, leichter Zugang zu Leistungen für Bildung und Teilhabe, Erstattung von Fahrtkosten sowie Zuzahlungen beim Arzt oder der Zweitwohnungssteuer für Jugendliche in Ausbildung.

Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen.

Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien – von den etablierten Parteien längst als alternativlos hingenommen – sorgen für ein Geburtendefizit von ca. 170.000 Personen pro Jahr. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten.

Dafür kämpfen wir auch für Sie im Landtag.

INHALT

Frühjahr/Sommer 2019

Einblicke und Auftritte S. 2**Editorial** S. 3**THEMEN****Vermietungsportale im Tourismus**
Ein Problem für den Wohnungsmarkt? S. 6**Vom Glanz und Elend
des deutschen Schulwesens** S. 7**AUFBRUCH**
Bädersterben in NRW
Rette sich, wer kann! S. 8–9**Hatespeech**
Gesinnungsdiktatur durch die Hintertür S. 10–11**AUFBRUCH**
Linksextremismus
Schwarz-Gelb versagt. Rot-Grün macht mit. S. 12–13**Die Lüge vom E-Auto**
vernichtet den Wohlstand! S. 18–19**Viehhaltung**
von allen Seiten bedroht S. 27**Besuch der Zentralen
Unterbringungseinrichtung**
in Hamm S. 27**Sepsissterblichkeit verringern**
Eine unterschätzte Gefahr S. 28**AUFBRUCH**
Genitalverstümmelung
Ein Kampf gegen Windmühlenflügel S. 29**TITELTHEMA****Ungewollt schwanger,
ungewollt kinderlos** S. 14–17Die moderne Familienplanung
auf dem Prüfstand

Die Lüge vom E-Auto



Sepsissterblichkeit verringern

WER WIR SIND**Im Gespräch mit
Gabriele Walger-Demolsky**
Porträt S. 20–23

Porträt von Gabriele Walger-Demolsky

SCHÖNE ECKE**BEWAHREN**
Zeche Zollverein
Kohle, Kumpel und Malocher S. 24–26

Zeche Zollverein – Kohle, Kumpel und Malocher

INTERNATIONALES**Die ‚Schwarze Axt‘**
Afrikanischer Terror nistet sich
in Europa ein S. 30–31

Die ‚Schwarze Axt‘

ZAHLEN UND FAKTEN / KURZ INFORMIERT**Zahlen und Fakten**
seit Einzug in den NRW-Landtag 2017 S. 32–33**Kurz Informiert**
Das Ende der „Bleistift-Affäre“ S. 33**KURZ NOTIERT****Kurznotizen**
unserer Landtagsabgeordneten S. 34–35**COMIC****Kraftlos im Landtag** S. 36–37**KOMMENTAR | KURZ VOR SCHLUSS****Kommentar**
Wie wird sich der Haushalt in NRW entwickeln? S. 38**Kurz vor Schluss**
Stichwort: Uploadfilter S. 38**Impressum**
sowie Bild- und Grafiknachweise S. 39

Vermietungsportale

im Tourismus

Ein Problem für den Wohnungsmarkt?

Haben wir ein Problem mit der Vermietung von Wohnungen über Vermietungsplattformen wie z. B. Airbnb? Aus Sicht der SPD: Ja. Sie hat einen Antrag zu diesem Thema vorgelegt, um eine solche Zweckentfremdung zu bekämpfen. Am 18. Januar dieses Jahres fand dazu eine Anhörung im Landtag mit Sachverständigen statt.

Es stimmt, der Wohnraumangel ist nicht wegzureden. Aber es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die zum Wohnungsmarktproblem beitragen: fehlende Bauflächen, steigende Baukosten, fehlende Baufirmen und hohe Nebenerwerbskosten – und nicht zu vergessen: eine gestiegene Nachfrage durch Zuwanderungen aus dem Ausland, etwa durch Flüchtlinge.

Die Problematik des Wohnungsmangels ist dabei in den Großstädten am eklatantesten. Besonders betroffen sind Köln, Düsseldorf und auch mittlerweile das Ruhrgebiet. Insbesondere der preiswerte Wohnraum wird hier knapp. Da hilft es wenig mit dem Finger auf Internetportale wie Airbnb zu zeigen.

Im Ergebnis ist festzustellen: In den letzten Jahren hat die Bereitstellung von Wohnungen für kurzfristige Übernachtungen über Internetportale als sog. ‚Sharing Economy‘ zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere in touristisch attraktiven Städten hat sich neben Hotels und Pensionen der Markt für kurzzeitige Aufenthalte in Wohnungen sehr dynamisch entwickelt. Für viele Vermieter hat sich hier ein lohnenswertes Geschäftsmodell entwickelt, mit dem sich deutlich höhere Einnahmen als bei der klassischen Dauervermietung erzielen lassen. Aber: Bisher ist diese Vermietungsform in keiner Stadt in NRW zu einem wirklichen Wohnungsmarktproblem geworden. Aus Sicht der AfD ist Folgendes entscheidend: dass die Vermietung zulässig ist, eine Unter-

vermietung durch den Eigentümer genehmigt ist und dass fällige Gebühren und Steuern gezahlt werden.

Die Kommunen sollten nur dann tätig werden, wenn durch solche Vermietungen negative Folgen für die Wohnversorgung entstehen. Dies scheint bisher nur in Einzelfällen und insbesondere bezogen auf bestimmte Stadtquartiere in attraktiven Großstädten des Landes der Fall zu sein. Der permanente Wechsel von Bewohnern und das Feiern von Partys bis in die Nacht führen dort oft zu erheblichen Belästigungen der Nachbarn, bis hin zu Polizeieinsätzen gegen Ruhestörungen. Da dies aber nicht die Regel ist, haben aus diesen und anderen Gründen bislang erst vier Städte von einer Zweckentfremdungssatzung Gebrauch gemacht.

Die bisherigen Erfahrungen der mit einer Zweckentfremdungssatzung aktiv gewordenen Kommunen zeigen, dass das bestehende Regelwerk ausreichende Handlungsmöglichkeiten zum Vorteil aller eröffnet: der Vermieter, der Nutzer und der Städte.

ROGER BECKAMP, MITGLIED DES LANDTAGS



Vom Glanz und Elend des deutschen Schulwesens

Wer schulpflichtige Kinder hat, kennt das Problem: Das öffentliche Schulsystem befindet sich in einer massiven Vertrauenskrise. Ungeachtet der immer abgehobener wirkenden ministeriellen Bekundungen von „bester Bildung“ in den staatlichen Schulen (FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer) fällt es nicht schwer, die Gründe zu benennen: Veraltete, baufällige Gebäude und Sanitäreinrichtungen, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, sinkendes Leistungsniveau, Schulsozialarbeiter, die überfordert sind, an vielen Schulen gibt es kaum noch Schüler mit Deutsch als Muttersprache, Autoritätsverfall der Lehrer und Gewalt unter Schülern ...

Die Mängelliste ließe sich problemlos weiter fortsetzen. Wer kann, meldet seine Kinder in Privatschulen an. Die SPD-Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, ist dafür nur das bekannteste Beispiel. In Ostdeutschland geht mittlerweile fast jedes zehnte Kind auf eine Privatschule. An den mit Mitteln des Steuerzahlers geförderten privaten Schulen herrschen eben Bedingungen vor, die im tristen Schulalltag des öffentlichen Systems längst der Vergangenheit angehören. So wundert es nicht, dass sich die Anzahl der Privatschulen in ganz Deutschland seit den neunziger Jahren fast verdoppelt hat (laut FAZ v. 09.01.2019 um 81 Prozent). In Nordrhein-Westfalen erhöhte sich in den letzten zehn Jahren ihre Zahl auf 548 Schulen, das ist eine Zunahme um 23 Prozent.

Während sich die staatlichen Schulen um jeden Schüler bemühen müssen und mit den Problemen der Inklusion und Integration ringen, profitieren Privatschulen von der Möglichkeit, sich ihre Schüler selbst aussuchen zu können und damit Lernbedingungen zu garantieren, die das staat-

liche Schulsystem längst aufgegeben hat. Die Folge ist eine zunehmende soziale Exklusivität. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Studie ermittelt, dass die Nutzung von Privatschulen zunehmend vom Einkommen der Eltern abhängt.

Diese Beobachtung entspricht der Lebenswirklichkeit, nicht aber den gesetzlichen Vorgaben. Denn das Grundgesetz verlangt in Artikel 7, dass die Genehmigung für Privatschulen nur „zu erteilen (ist), wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“ Aufgrund dessen empfiehlt die Studie des DIW, dass mehr Bundesländer als bisher das Schulgeld begrenzen und eine konkrete Einkommensstaffelung vorschreiben sollten. Um den gesetzlichen Regelungen zu entgehen, wirbt der Verband deutscher Privatschulen NRW offen auf seiner Homepage mit Tipps zu „legalen Wegen und Möglichkeiten“ zur Umgehung des Sonderungsverbots.

Während das Schulministerium den Landtag wissen lässt, dass die Erhebung von Schulgeld in NRW „wirtschaftlich nicht attraktiv“ sei und „regelmäßig unterbliebe“, haben Privatschulen längst einen Weg gefunden, sich des grundgesetzlich eingeforderten Sonderungsverbots zu entziehen. Die Existenz von Eliteschulen wie Schloss Salem oder der Internationalen Schule in Düsseldorf-Kaiserswerth spricht dem Grundgesetz Hohn.

HELMUT SEIFEN, MITGLIED DES LANDTAGS,
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

BÄDERSTERBEN IN NRW RETTE SICH, WER KANN!

Nichtschwimmer

Schwimmer



SYMBOLBILD – AGENTURFOTO

Schwimmen zu lernen – das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist es inzwischen reine Glückssache, hängt es doch maßgeblich davon ab, ob in der näheren Umgebung noch Frei- oder Hallenbäder zur Verfügung stehen. Grundsätzlich ein bundesweites Problem, doch gerade auch das bevölkerungsreiche NRW ist von massivem Bädersterben bedroht. Ein Umstand, der sich nicht nur auf die Freizeit und Gesundheit, sondern vor allem auf die Sicherheit unserer Jugend auswirkt. Denn nur noch jeder zweite Grundschüler kann laut Deutscher Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) schwimmen und rund 400 bis 500 Menschen ertrinken jährlich in Deutschland, darunter über 50 Kinder und Jugendliche. Leider passiert das auch in NRW. Zustände, die wir von der AfD-Landtagsfraktion NRW dringend ändern möchten.

Zu den Hintergründen: Als sportpolitischer Sprecher befasse ich mich seit geraumer Zeit mit der Problematik und stelle fest, die Situation rund um die Schwimmflächen in NRW ist dramatisch. Im Sportausschuss habe ich die Landesregierung um eine Stellungnahme dazu gebeten, denn Bäder verfallen und schließen mit wachsender Tendenz.

Dabei sind die Ursachen verhältnismäßig einfach. Gerade bei den Bädern und Freizeitanlagen legen die Kommunen gerne den Rotstift an, um haushälterische Defizite in den Griff zu bekommen. Zulasten der Bürger – und vor allem zulasten der Sicherheit unserer Kinder.

Die Konsequenz: 20 bis 25 Prozent der Grundschulen können keinen Schwimmunterricht mehr anbieten, weil nahe gelegene Schwimmanlagen geschlossen wurden. Zudem werden Schwimmbäder in Erlebnisbäder umgestaltet, die sich als Ausbildungsstätte für den Schwimmunterricht nicht mehr eignen und aufgrund der privatwirtschaftlichen Nutzung den Schulen nicht zur Verfügung stehen.

Eine Gesamtsituation, die zeigt: Die fehlenden Bäder treffen vor allem Familien, die sich die notwendigen Alternativen, wie den Urlaub am Meer oder eine weite Anfahrt zum nächsten Schwimmbad, nicht leisten können.

Daher unsere Forderung: Es sollte dringend abgewogen werden, welche Standards wir für die Bevölkerung halten möchten. Wir möchten, dass künftig wieder alle Kinder schwimmen und dabei bestimmten, von der DLRG vorgegebenen Sicherheitskriterien gerecht werden können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das voranschreitende Bädersterben gestoppt werden. Entsprechende Anträge werden wir noch vor der Sommerpause im Plenum des Düsseldorfer Landtages stellen.

ANDREAS KEITH, MITGLIED DES LANDTAGS,
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

HATESPEECH

GESINNUNGSDIKTATUR DURCH DIE HINTERTÜR

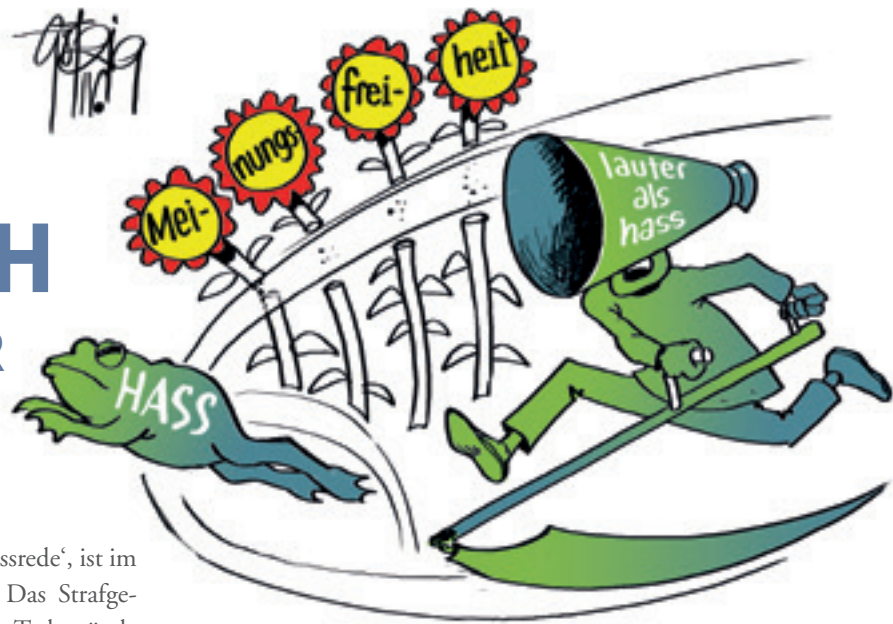
Der Begriff ‚Hatespeech‘, englisch für ‚Hassrede‘, ist im deutschen Recht gänzlich unbekannt. Das Strafgesetzbuch kennt für Meinungsäußerungen nur Tatbestände wie Beleidigung, Verleumdung, Volksverhetzung etc. Sie sind recht eng gefasst und durch umfassende Rechtsprechung ist einigermaßen klar, was erlaubt ist, was nicht. Bisher galt, dass die Meinungs- und auch Kunstfreiheit gerade im politischen Raum einen hohen Stellenwert genießt und vieles erlaubt ist, was die Grenzen des guten Geschmacks überschreitet. Nicht wenige unserer Mitstreiter haben das am eigenen Leib erfahren.

Anders die ‚Hassrede‘: Sie ist nirgendwo verbindlich definiert und wird von interessierter Seite möglichst weit ausgelegt – gerade für alles, was ‚irgendwie rechts‘ ist.

Die Landesanstalt für Medien NRW (LfM) wurde 1987 gegründet, um den neuen privaten Rundfunk zu kontrollieren und Sendeplätze für Antenne und Kabelnetz zu vergeben. Ihre Medienkommission besteht wie der WDR-Rundfunkrat aus Parteien- und Verbandsvertretern. Da sich der ursprüngliche Auftrag u. a. durch Digitalisierung und Streamingdienste immer mehr erledigt, sucht man neue Betätigungsfelder. Der feste Millionenanteil an den Rundfunkgebühren will gerechtfertigt sein.

So verschreibt sich die LfM – ironischer Slogan „Der Meinungsfreiheit verpflichtet“ – dem Kampf gegen vermeintliche Hasssprache. Gut gefüllte Kassen erlauben viele Studien und Projekte zum Thema.

Das Projekt „Verfolgen statt nur Löschen“, z. B., beschränkt sich zwar auf „strafrechtlich relevante Hassreden“. In Zusammenarbeit mit WDR, Medienhäusern und Staatsanwälten will man solche Äußerungen nicht nur löschen, sondern strafrechtlich verfolgen. Was zunächst legitim aus-



sieht, zeigt im Detail aber eine klare ideologische Schlagseite: Auf Nachfrage im zuständigen Ausschuss der Medienkommission erklärte eine Spürnasen-Mitarbeiterin, dass man online primär im AfD-Umfeld suche.



QUELLE: [HTTPS://WWW.KLICKSAFE.DE/UEBER-KLICKSAFE/SAFER-INTERNET-DAY/SID-2019/MITMACHAKTION/](https://www.klicksafe.de/ueber-klicksafe/safer-internet-day/sid-2019/mitmachaktion/)

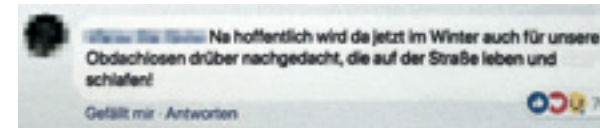
Bei „#lauteralshass“ spielt das Strafrecht gar keine Rolle mehr. Im Rahmen des „Safer Internet Day“ wird mit EU-Unterstützung zum Kampf gegen „Hass im Internet“ aufgerufen. Es gibt bunte Broschüren, Promi-Unterstützer, auch Schulen und Lehrer werden aktiv eingebunden.

An Journalisten wendet sich der Ratgeber „Hass im Netz – Steuerungsstrategien für Redaktionen“. Er setzt die Ergebnisse einer LfM-finanzierten Studie in Zusammenarbeit mit RTL, tagesschau, Rheinischer Post und Deutschlandfunk in praktische Handlungsempfehlungen um. Ziel sei es, der „Hasssprache“ in den Kommentarforen zu begegnen und „Abwehrstrategien“ zu entwickeln.

Erschreckend ist, was als ‚Hasssprache‘ eingestuft wird, etwa ein Kommentar unter dem Beitrag „Jeder Mensch hat ein Mindestrecht auf Privatsphäre verdient – Flüchtlingsunterkünfte oft mangelhaft“ zu einem Bericht des „Deutschen Instituts für Menschenrechte“ über Asylbewerberunterkünfte: „Na hoffentlich wird da jetzt im Winter auch für unsere Obdachlosen drüber nachgedacht, die auf der Straße leben und schlafen!“ – das wird als Hassrede eingestuft.



QUELLE: HASS IM NETZ: STEUERUNGSSTRATEGIEN FÜR REDAKTIONEN (SCHRIFTENREIHE MEDIENFORSCHUNG DER LFM), SEITE 146

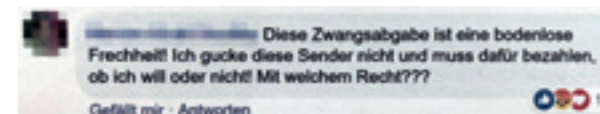


QUELLE: HASS IM NETZ: STEUERUNGSSTRATEGIEN FÜR REDAKTIONEN (SCHRIFTENREIHE MEDIENFORSCHUNG DER LFM), SEITE 147

Den Beitrag „GEZ-Schock: Neuer ARD-Chef fordert höheren Rundfunkbeitrag“ leitet die Redaktion auf Facebook mit dem Satz ein: „Ist die Forderung berechtigt?“ Eine Reaktion: „Diese Zwangsabgabe ist eine bodenlose Frechheit! Ich gucke diese Sender nicht und muss dafür bezahlen, ob ich will oder nicht! Mit welchem Recht???“ – das fällt laut Studie schon in den Hass-Bereich.



QUELLE: HASS IM NETZ: STEUERUNGSSTRATEGIEN FÜR REDAKTIONEN (SCHRIFTENREIHE MEDIENFORSCHUNG DER LFM), SEITE 173



QUELLE: HASS IM NETZ: STEUERUNGSSTRATEGIEN FÜR REDAKTIONEN (SCHRIFTENREIHE MEDIENFORSCHUNG DER LFM), SEITE 175

Was auf den ersten Blick befremdlich bis amüsant wirkt, hat in der Praxis gefährliche Folgen: Dem politischen und

journalistischen Establishment ist nicht entgangen, welche Bedeutung die Sozialen Medien für das Aufkommen neuer politischer Bewegungen haben. Der Erfolg der AfD und ähnlicher Parteien weltweit hat den Etablierten einen gehörigen Schrecken eingejagt – jetzt versuchen sie mit aller Macht, das aufgestoßene Tor der Meinungsfreiheit zu verschließen oder zu verengen.

Etwa mit dem von Justizminister Maas 2017 eingeführten „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG), das alle Betreiber verpflichtet rechtswidrige Inhalte binnen kurzer Frist zu löschen. Facebook betreibt nun ein Löschzentrum in Essen, das solche Einträge löscht. Aber nicht nur die: Man legt den Begriff der Hassrede denkbar weit aus. Auch YouTube löscht großzügig: Das Video der AfD-Bundestagsfraktion „Flensburger Täter ‚Flüchtling‘ aus Eritrea!“ wurde nicht nur gelöscht, sondern auch das Benutzerkonto der Fraktion gesperrt. Hier gelang es erstmals, die Plattform-Maßnahmen durch das Kammergericht Berlin zu stoppen.

Nicht jeder hat die Möglichkeiten einer Bundestagsfraktion, um gegen Löschungen und Sperrungen vorzugehen, deshalb nehmen die meisten Bürger sie widerwillig hin. Viele Betroffene überlegen sich nun dreimal, was sie im Internet äußern – die berühmte ‚Schere im Kopf‘. So wird Zug um Zug der Korridor des Sagbaren verengt. Das Ende der Fahnenstange ist längst noch nicht erreicht: Die im März vom EU-Parlament beschlossenen Uploadfilter schaffen eine ganz neue Infrastruktur für automatisierte Zensur mit unabschbaren Folgen.

Auf den Widerstand der Anbieter darf man nicht zählen: Sie sind in Sorge um ihre monopolartigen Geschäftsmodelle. Seit den Forderungen, die Branchengiganten wie Google zu zerschlagen, dienen sie sich den Herrschenden an: Facebook-Chef Zuckerberg forderte in einem offenen Brief Ende März sogar direkt mehr gesetzliche Regulierung.

Gut möglich also, dass der Hauch von Freiheit, den viele in den letzten Jahren im Internet verspüren durften, bald dem eisigen Wind politisch-korrekturer Zensur weicht. Wir müssen uns dem frühzeitig und entschlossen entgegenstellen und zugleich darauf achten, dass wir nicht zu sehr von einzelnen Anbietern abhängig werden.

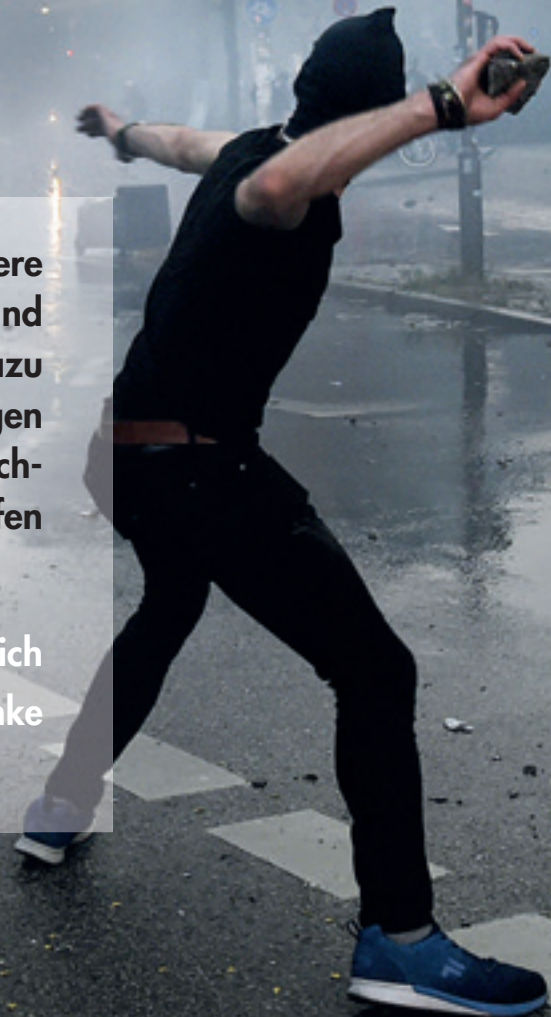
SVEN W. TRITSCHLER, MITGLIED DES LANDTAGS,
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

**Schwarz-Gelb versagt.
Rot-Grün macht mit.**

LINKS- EXTREMISMUS

Wenn wir unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand erhalten wollen, dann gehört dazu auch, dass wir wehrhaft sind gegen Extremisten, die unsere freiheitlich-demokratische Ordnung angreifen und abschaffen wollen.

Dabei muss es egal sein, ob es sich um Neonazis, Islamisten oder um Linke handelt.



SYMBOLFOTO – G20-PROTESTE, HAMBURG 2017

QUELLE: DPA-PICTURE ALLIANCE, FOTOGRAF: CHRISTIAN MINELLI

**Mit diesen Feinden der Freiheit
paktiert der Fraktionsvorsitzende
der Ex-Volkspartei SPD:
eine Schande!**

Schändlich für unsere Demokratie ist auch, dass die innenpolitische Sprecherin der Grünen Frau Schäffer im linksextremen Antifa-Café Bochum einen Vortrag gehalten haben soll. Dessen Betreiber beherbergten u. a. auch die Rote Hilfe und die DKP-nahe SDAJ. In diesem antidemokratischen Umfeld bewegt sich also die innenpolitische Sprecherin der Grünen. Was hat sie da verloren?

Und der grüne Abgeordnete Matthias Bolte? Hat nichts Besseres zu tun, als den extremismusfreundlichen Post seiner Grünen Jugend bei Facebook zu liken: „Wir wollen Solidarität mit der Roten Hilfe und der linken Szene zeigen.“

Das ist also die selbsternannte Gemeinschaft der Demokraten im Landtag NRW, die nichts gegen Extremismus hat, ja, ihn noch befördert, wenn er aus ihrer Richtung von links kommt. Und das ist der zukünftige anvisierte Koalitionspartner von CDU und FDP. Da wundert es auch keinen mehr, dass einfach nichts passiert gegen links: Gegen unseren Antrag, die Rote Hilfe zu verbieten, stimmten alle Altparteien gemeinsam.

**Es wird Zeit,
dass sich das ändert!**

MARKUS WAGNER, MITGLIED DES LANDTAGS,
FRAKTIONS-VORSITZENDER

Eine der maßgeblichen Organisationen im linksextremen Spektrum ist die sogenannte ‚Rote Hilfe‘. Sie leistet laut Verfassungsschutz „Straf- und Gewalttätern aus dem linksextremistischen Spektrum politische und finanzielle Unterstützung, so für Anwalts- und Prozesskosten sowie bei Geldstrafen (...) Darüber hinaus betreut die Rote Hilfe rechtskräftig verurteilte Straftäter während ihrer Haft, um diese stärker an die ‚Bewegung‘ zu binden. Sie hält persönlichen Kontakt, um sie zum ‚Weiterkämpfen‘ zu motivieren.“

So ist es kein Wunder, dass der Bundesinnenminister endlich auf die Idee kommt, diesen linken Verein zu verbieten. Man fragt sich eher: Warum erst jetzt?

Die Rote Hilfe, die sich für vermeintlich ‚politische‘ Gefangene und gegen eine absurderweise unterstellte staatliche Repression einsetzt, entstand bereits in den 70er-Jahren im Umfeld der RAF-Terroristen. Auch heute distanziert sie sich nicht von den Morden der Rote-Armee-Fraktion.

Darf ein solcher Verein in unserem Land tatsächlich so menschenverachtend agieren? Noch dazu, man fasst es kaum: unter dem Privileg der Gemeinnützigkeit? Als AfD sagen wir klar: Nein!

Jetzt könnte man bei so menschenverachtenden Ansichten und Handeln meinen, das Ganze sei ein Randphänomen. Man müsste eigentlich sicher sein, diesen linken Verein ohne viel Tamtam zu verbieten – und dass sich alle Demokraten darin einig sind. Aber neben unzweifelhaften Demokraten im Land gibt es auch noch ... die Jungsozialisten in der SPD, die beschlossen: „Wir solidarisieren uns mit der Roten Hilfe e. V. und sprechen uns gegen das Verbot der Roten Hilfe aus. Wir fordern die SPD auf, das angekündigte Verbot zu verhindern.“

Nun würde ich den SPD-Fraktionsvorsitzenden Kutschaty ja eigentlich fragen, was er von seinen Jusos hält. Aber er steckt ja mitten im Sumpf, den der Kenner der Szene, Verfassungsschutzchef a. D. Hans-Georg Maaßen, „linksradikale Kräfte in der SPD“ nennt. So findet sich der SPD-Fraktionschef samt Kreisverband neben der Roten Hilfe als Unterstützer des linksoffenen „Essen stellt sich quer“ – dem Bündnis, dem selbst die WAZ attestiert, dass es „nie vermocht hat sich nach links von jenen abzugrenzen, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf Kriegsfuß stehen.“



„Alles im Griff? Praktische Tipps für den politisch-aktivistischen Alltag“

ANSCHIEINEND GEHÖREN MESSER UND ZANGE – WIE AUF DEM COVER IHRER ZEITUNG – FÜR DIE ROTE HILFE e. V. ZUR POLITIK

Cover der „Rote Hilfe“-Zeitung,
Ausgabe 4/2018

UNGEWOLLT SCHWANGER,



UNGEWOLLT KINDERLOS



DIE MODERNE
FAMILIENPLANUNG
AUF DEM
PRÜFSTAND



Die Familienplanung ist zu Recht eine private Angelegenheit. Die Entscheidung, ob und wann eine Frau Mutter werden möchte, sollte jede für sich frei treffen – ohne Einmischung des Staates. Die Fragen rund um die vielen individuellen Entscheidungen sind jedoch höchst politisch. Während zu Zeiten von Adenauers „Kinder kriegen die Leute immer“ die Bevölkerung Deutschlands jedes Jahr um gut 350.000 Menschenleben wuchs, beklagen wir mittlerweile ein Geburtendefizit von durchschnittlich rund 170.000 Staatsbürgern – Jahr für Jahr (Quelle: www.deutschlandinzahlen.de). Was hat sich in dieser Zeit verändert? Wo steuern wir in Deutschland mit unserer Familienplanung hin? Wie gründen wir heute Familien?

Zu Adenauers Zeiten haben auch meine Eltern geheiratet und ihre erste Tochter zur Welt gebracht. Vier weitere Kinder sollten folgen. Für jene Generation meiner Eltern war die Antwort auf die Frage der Familienplanung sehr einfach zu beantworten: „Kinder, die plant man nicht, die bekommt man“ oder etwas blumiger ausgedrückt: „Das Leben bahnt sich seinen Weg.“ Heute ist der Begriff der Familienplanung sehr wörtlich zu nehmen. Die wenigsten Frauen überlassen es dem Zufall, ob und wann sie Mutter werden. Verhütung, die Pille danach, Schwangerschaftsabbrüche auf der einen Seite und die Kinderwunschbehandlung auf der anderen Seite sollen der Frau die maximale Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit verschaffen. Politisch korrekt spricht man hier von der ‚Selbstbestimmung der Frau‘. Diese Selbstbestimmung hat einen Preis, und zwar nicht nur für die einzelne Frau – nein, eine ganze Gesellschaft, ein Volk büßt für diesen vermeintlichen Fortschritt bitter ein.

„In glücklichen Umständen“? Fehlanzeige.

Die ungewollte Schwangerschaft wird heute im öffentlichen Diskurs so selbstverständlich dargestellt wie ein lästiger Infekt von irgendwoher, gegen den es wirksame Mittel gibt. In Deutschland ist fehlende Sexualaufklärung sicher keine Ursache für die hohe Zahl ungewollter Schwangerschaften. Es gibt zahlreiche Verhütungsmethoden, die dank des medizinischen Fortschritts immer weniger die Gesundheit belasten. Trotzdem werden in Deutschland jedes Jahr über

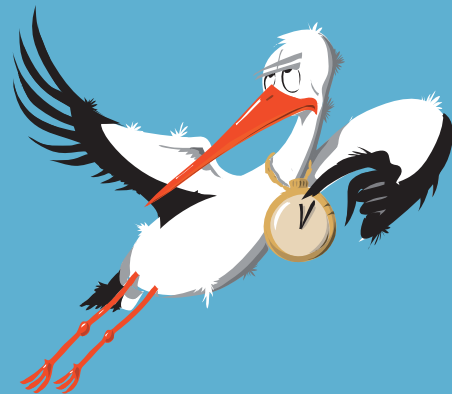
100.000 Schwangerschaften abgetrieben (Quelle: www.destatis.de). Aktuell wird das Werbeverbot für Abtreibungen aufgeweicht. Dabei fordern z. B. die Jusos, dass Abtreibungen generell straffrei werden. Dass diese unglaubliche Forderung zur Folge hätte, Babys bis zur Vollendung der Geburt töten zu dürfen, wird als absurd abgetan. Wirklich absurd ist in diesem Kontext, dass in einem hochentwickelten Land aufgeklärte Frauen – die verhüten, selbstbestimmt ihre Sexualität ausleben, die sogar die versäumte Verhütung mit einer Pille nachholen können – dass diese Frauen in so erschreckend hoher Zahl jährlich ungewollt schwanger werden. Mit dem Argument „Keine Frau macht sich die Entscheidung leicht“ wird die kritische Auseinandersetzung mit den Beweggründen der Frauen und der Frage, warum die Unterstützungsleistungen einer Gesellschaft für so viele Frauen nicht greifen, im Keim erstickt.

Wir von der AfD halten die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ausreichend.

Der Schwangerschaftsabbruch sollte, wie ursprünglich gedacht, als Ausweg aus einer Notsituation straffrei bleiben. Nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz muss je 40.000 Einwohner eine Stelle zur Schwangerschaftskonfliktberatung zur Verfügung gestellt werden. Bei dem gleichbleibend hohen Niveau der Abbrüche ist eine engmaschigere Begleitung und Auswertung der Beratungsgespräche angezeigt. Nur so kann die Politik ermitteln, warum so viele Kinder in diesem Land nicht willkommen sind – und vor allem, was sich ändern muss, damit sich mehr Mütter für ihr Kind entscheiden!

Finanzielle Bezuschussung für künstliche Befruchtung?

Ein weiterer Bereich, der im Zusammenhang mit der Familienplanung sowohl die Landes- als auch die Bundespolitik in den vergangenen Monaten beschäftigt hat, war die Frage der künstlichen Befruchtung. Hierbei wurde die Möglich-



keit der finanziellen Bezuschussung debattiert. Wer heute einen Zuschuss der öffentlichen Hand für eine Kinderwunschbehandlung bekommen möchte, muss bestimmte Kriterien erfüllen: Die Mutter muss mindestens das 25. Lebensjahr vollendet haben und darf nicht älter als 40 Jahre sein, und sie muss mit dem Vater in fester Partnerschaft leben, der nicht älter als 50 Jahre alt sein darf (Quelle: www.bafza.de). Unabhängig davon, dass schon jetzt die Aufweichung dieser Kriterien von sogenannten ‚progressiven Kräften‘ gefordert wird, müssen wir im Zusammenhang mit der immer normaler werdenden künstlichen Befruchtung die Ursachen ganz klar benennen:

Die herrschende Gleichstellungspolitik hat zur Folge, dass die berufstätige Frau ihre Familienplanung auf immer später verschiebt. Ab dem 30. Lebensjahr nimmt die Fruchtbarkeit der Frau auf natürlichem Wege stark ab. Unsere Biologie passt sich nicht den neuen Lebensumständen an. Mit dieser Meinung steht die AfD nicht alleine da. Im Juni 2018 warnte auch der Berufsverband der Frauenärzte in seiner Pressemitteilung vor dieser Entwicklung:

„Für Gesellschaft und Politik, Arbeitgeber, aber auch die Frauen selbst bedeutet das ein Umdenken, damit die Familiengründung nicht erst dann in den Blickpunkt gerät, wenn die berufliche Situation das vermeintlich zulässt. Unsere steigende Lebenserwartung verändert den Lebenszyklus, das „fruchtbare Fenster“ aber verändert sich trotz aller medizinischen Fortschritte nicht.“ (Quelle: www.bafza.de)

Eine unserer Kernaufgaben sehen wir darin, dieses Umdenken immer wieder anzustoßen.

Eine unserer Kernaufgaben sehen wir darin, dieses Umdenken immer wieder anzustoßen. Die AfD steht nicht nur für eine grundsätzliche Willkommenskultur für Babys ein – nein, wir stehen als einzige Partei ausdrücklich für eine

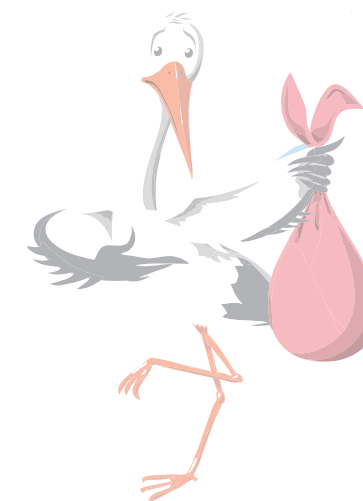
aktivierende Bevölkerungspolitik. Aufgrund der Tatsache, dass mit älteren Eltern die Anzahl der Kinder, die geboren werden, nicht steigen kann, müssen wir diese Entwicklung ausgesprochen kritisch sehen. Die Politik sollte die Warnungen der Mediziner sehr ernst nehmen.

Ende 2018 meldeten brasilianische Ärzte die weltweit erste Geburt eines Babys, das in einer transplantierten Gebärmutter herangewachsen war und feiern es als weiteren medizinischen Erfolg. Letztlich ist auch die Gebärmutter nur ein Organ wie jedes andere, oder vielleicht auch nicht?

Was stört manchen an dem Gedanken, dass ein Embryo in der Gebärmutter einer Leiche im Körper seiner Mutter heranwächst, während die lebensrettende Transplantation einer Niere kaum Widerstände weckt? Dass die Entstehung des Lebens für die meisten von uns eben doch mehr ist als ein biologischer Vorgang. Die Entstehung von Leben als unmittelbarer Ausdruck der Schöpfung ist und bleibt ein Wunder.

„Kinder sind ein Segen – für ihre Eltern und für unser Land.“

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI,
MITGLIED DES LANDTAGS



DIE LÜGE VOM E-AUTO VERNICHTET DEN WOHLSTAND!

ROHSTOFFE FÜR BATTERIEN – WASSERMANGEL UND KINDERARBEIT

Für die Produktion der teuren Hochvolt-Batterien werden die Rohstoffe Lithium und Kobalt benötigt. Lithium wird beispielsweise in Chiles Atacamawüste gewonnen. Die Gewinnung verbraucht unglaublich viel Wasser, das dann den einheimischen Bauern fehlt. Die Wasserknappheit in diesen Regionen wird damit immer bedrohlicher. Kobalt wird überwiegend im Kongo abgebaut. Kinderarbeit ist dort an der Tagesordnung, einstürzende Gruben führen regelmäßig zu schweren Verletzungen oder Todesfällen.

Die Autohersteller reden dieses Problem klein. Doch es ist kaum möglich, an ‚saubere‘ Rohstoffe zu gelangen: Die Kontrolle in den Rohstoffländern ist schwer und einen Großteil der Vorräte hat sich bereits China gesichert.

ENERGIEBILANZ VON E-AUTOS IST VERHEEREND

Laut verschiedenen Studien wird bei der Produktion der Batterie so viel Energie benötigt, dass ein Diesel-PKW mit dieser Energie im Extremfall bis zu 200.000 km fahren könnte. Und auch das E-Auto braucht Energie und muss regelmäßig ‚mit Strom betankt‘ werden. Beim aktuellen deutschen Strom-Mix mit 55% aus fossilen Energieträgern sei die CO₂-Bilanz der E-Autos laut Umweltbundesamt zwar nach 12 Jahren besser als bei Verbrennern. Allerdings halten die Batterien der E-Autos häufig nicht länger als 8 Jahre.

Diese Art der Fortbewegung wird von allen Parteien – außer der AfD – als Lösung unserer ‚Klimaprobleme‘ angepriesen. Inzwischen melden sich auch Arbeitgeberverbände zu Wort. Volker Schmidt von NiedersachsenMetall nennt E-Mobilität gar die „klimaschädlichste Antriebsart“.

AUTOINDUSTRIE WANDERT AB UND DIE POLITIK FEIERT

Die Automobilindustrie erkennt, dass sich die regierenden Parteien in Deutschland vom Verbrennungsmotor und da-

mit von der in dieser Industrie arbeitenden Bevölkerung abwenden. Damit einher gehen die Verschärfungen der CO₂-Werte für PKW und LKW auf EU-Ebene – immer unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Regierungen.

VW wird seine Werke in Hannover und Emden ab 2022 zu E-Auto-Fabriken umbauen und ab 2026 nur noch in die Entwicklung von E-Autos investieren. Die jubelnden Politiker der regierenden Parteien erkennen nicht, dass VW mit dieser Meldung ankündigt, zehntausende Arbeitsplätze zu streichen: Die Produktion von E-Autos ist weniger aufwendig und es wird dafür nur ein Bruchteil an Personal gebraucht. Teilen der Gewerkschaften ist das aber klar: Jörg Hofmann, IG-Metall-Vorsitzender, erwartet einen Nettoverlust von bis zu 160.000 Arbeitsplätzen. Treffen wird das besonders die mittelständischen Zuliefererbetriebe wie die Eisenwerke in Brühl mit 1.600 Mitarbeitern, die aktuell noch jährlich bis zu 5 Millionen Kurbelgehäuse für Verbrennungsmotoren produzieren.

Erste Massenentlassungen sind wohl nur noch eine Frage der Zeit.

MIT E-AUTOS FÄHRT DEUTSCHLANDS WOHLSTAND IN DEN KELLER

Verlagert ein Produzent seine Fabrik nach Asien, sind unsere Arbeitsplätze für immer verloren. Attraktiv für VW ist da vor allen Dingen China. Sind die Lohnkosten dort inzwischen zwar fast auf westlichem Niveau, kann sich VW auf günstige Energiekosten, eine investitionsfreundliche Regierung und einen riesigen asiatischen Markt freuen. VW-Chef Herbert Drees sagte dazu, Volkswagen solle „chinesischer werden“.

Wenn Deutschland seinen Wohlstand erhalten will, dann braucht es jetzt ein Umdenken. Ein Ja zum Verbrennungsmotor ist der erste Schritt.

CHRISTIAN LOOSE, MITGLIED DES LANDTAGS

EIN ELFJÄHRIGER JUNGE ARBEITET IN EINER KOBALT-MINE IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO. ER BRINGT AUF DEM RÜCKEN KOBALT INS DEPOT. QUELLE: GETTY IMAGES/CORBIS NEWS, FOTOGRAF: SEBASTIAN MEYER

Die einseitige Förderung von E-Autos verschwendet Ressourcen und birgt eine große Gefahr für die Autoindustrie Deutschland. Die angebliche Alternative zu den Verbrennungsmotoren schadet wider Erwarten der Umwelt, ist teuer und gefährdet zehntausende Arbeitsplätze in unserer wichtigsten Industrie. Wenn jetzt nicht die Vernunft siegt, wird der Wohlstand Deutschlands erodieren.

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) eröffnet medienwirksam eine Stromtankstelle in Duisburg und das Land NRW pumpt jedes Jahr mehrere Millionen Euro in den Ausbau von Ladesäulen. Diese Geldverschwendung zeigt, wohin die Reise von CDU und FDP geht: weg vom Verbrennungsmotor und hin zur Elektromobilität – mit enormen Risiken für unser Land.



Im Gespräch mit Gabriele Walger-Demolsky

PORTRÄT

Gabriele Walger-Demolsky blickt vom Düsseldorfer Landtag direkt auf den Rhein. Hier befindet sich seit 2017 ihr Arbeitsplatz als stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion.



Der Alternative für Deutschland gehört die 53-Jährige schon seit 2013 an: Die verfehlte Euro-Rettungspolitik sei damals für den Eintritt in die Partei ausschlaggebend gewesen, sagt sie heute.

In der wenigen Freizeit, die ihr bleibt, ist die Politikerin am liebsten mit dem Wohnmobil unterwegs, das sie sich 2000 mit ihrem Mann Wolfgang gekauft hat. Ihre bevorzugten Ziele sind die schönen Ecken Deutschlands. Neben Fahrten an die Küste favorisiert sie die Eifel und den Niederrhein. „Mit so einem Camper ist man unglaublich flexibel, man kann ohne lange Planung losfahren und dann einfach irgendwo bleiben, wo es schön ist.“ Auch kulinarisch mag sie es eher heimatverbunden: Spargelessen mit einem guten Weißwein im Frühling, westfälischer Sauerbraten oder Pilzesammeln am Edersee. Die Heimat, die sie so gerne hat, möchte sie schützen, und aus dem Grund ist sie auch in die Politik gegangen.

Davor hat die studierte Betriebswirtin (VWA) viele Jahre im Vertrieb und Einkauf verschiedener Firmen und Kon-

zerne gearbeitet. Dem Euro habe sie schon immer ablehnend gegenüber gestanden, aber eine offener werdende Gesellschaft bringe auch Probleme bei der Sozial- und Gesundheitspolitik mit sich. Dies sei eng verbunden mit dem Thema Migration und der daraus resultierenden Integrationspolitik, in der viel falsche Toleranz vorherrsche, die letztlich zu Parallelgesellschaften führe.

Ein Volk muss offen sein, aber eben auch seine eigene Kultur erhalten und schützen.

„Ich will die offene Gesellschaft erhalten. Ein Volk muss offen sein, aber eben auch seine eigene Kultur erhalten und schützen“, ist Gabriele Walger-Demolsky überzeugt, die nicht nur kultur- und integrationspolitische Sprecherin der Fraktion ist, sondern auch Vorsitzende des Landesfachausschusses Zuwanderung/Asyl/Integration der NRW-AfD.

Die Migrationskrise habe ja nicht erst 2015 begonnen: „Seit 2013 sind etwa 2 Millionen Migranten nach Deutschland gekommen. Darunter viele Menschen ohne Papiere, deren Identität nicht abschließend geklärt werden kann oder bei denen Ersatzpapiere immer noch nicht zu beschaffen sind, was dann einfach zu Duldungen führt.“ Das größte Problem seien die offenen und unkontrollierten Grenzen: „Selbst Menschen, die zurückgeführt worden sind, reisen aufgrund der offenen Grenzen problemlos wieder ein. Und das alles nur, weil wir nicht bereit sind unsere Grenzen zu kontrollieren und zu sichern.“

Auch bei der Integrationspolitik mache die herrschende Politik fatale Fehler. Die deutsche Sprache zu lernen, sei zwar unabdingbare Grundlage, doch gelinge Integration nur, wenn sich der Zuwanderer möglichst schnell mit den Werten und der Kultur des Aufnahmelandes identifiziert. „Gerade muslimische Migranten haben diesbezüglich aber häufig Defizite und leben oft in Parallelgesellschaften, die die Werte und Gesetze der Mehrheitsgesellschaft verachten.“ Deutsche Leitkultur bedeute nicht, dass ein Zuwanderer Beethoven oder deutsche Volksmusik höre, sondern die Anerkennung der Normen und Lebensgewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft. „Multikulti fördert Parallelgesellschaften, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen insbesondere nördlich der A40 beobachten, z. B. im Dortmunder Norden, Herne, Gelsenkirchen, dem Norden von Essen und in Duisburg. Das liegt vor allem daran, dass man von Zuwanderern nie erwartet hat, dass sie sich in unseren Kulturraum einleben“, prangert Gabriele Walger-Demolsky die aktuelle Integrationspolitik an.

Auch der deutsche Pass sei kein Zeichen gelungener Integration.

Der Pass dürfe am Ende einer erfolgreichen Integration stehen, könne aber niemals ein Katalysator für Integration sein. „Besonders gut sieht man das ja daran, wie viele Deutschtürken Erdogan oder die Neueröffnung von Ditib-Moscheen feiern.“ Langfristig führe all das zu einem Auseinanderdriften der Gesellschaft. Gabriele Walger-Demolsky ist auch in die Politik gegangen, um hier gegenzusteuern.



Eine Reportage über die Sehenswürdigkeiten
in Nordrhein-Westfalen

Zeche Zollverein – Kohle, Kumpel und Malocher

*Glückauf, Glückauf! Der Steiger kommt
und er hat sein helles Licht bei der Nacht,
und er hat sein helles Licht bei der Nacht,
schon angezünd't, schon angezünd't.*



FÖRDERTUM - HEUTE BESUCHERZENTRUM

Gründung, Aufstieg und Blütezeit der Zeche Zollverein

Die Zeche Zollverein gehört mit der benachbarten Kokerei seit 2001 zum UNESCO-Welterbe. Sie ist einer der Ankerpunkte der Route der Industriekultur im Ruhrgebiet und auch der Europäischen Route der Industriekultur. Zahlreiche kulturelle Einrichtungen machen die ehemalige Zeche zu einem Anziehungspunkt weit über die Grenzen von NRW hinaus. Das Industriedenkmal ist nicht gerade klassisch schön, aber unbedingt sehenswert.

Die Geschichte von Zollverein beginnt 1834 damit, dass Franz Haniel nach nutzbaren Vorkommen von Kokskohle suchen ließ. Der daraus hergestellte Koks ist elementar für die Stahlerzeugung. Entscheidend bei der Standortwahl war der direkte Anschluss an die geplante Köln-Mindener Eisenbahn. Die Kohleförderung begann 1851, 1857 gab es erste Meiler vor Ort, 1866 eine moderne Kokerei. 1890 war die Zeche mit über 1 Mio. Tonnen Steinkohle

im Jahr führend in Deutschland. Die Anlage wurde immer weiter ausgebaut und erreichte 1937 einen Spitzenwert von 3,6 Mio. Tonnen.

Krise der Steinkohleindustrie, Zechensterben und Stilllegung

Als die Montanunion 1956 die Preisbindung aufhob, führte das zu einer starken Zunahme billiger Importkohle. Innerhalb von nur drei Jahren erreichten die Haldenbestände auf Zollverein 11 Mio. Tonnen Steinkohle und 5,8 Mio. Tonnen

Koks. Staatliche Interventionen wie Zölle oder die Verpflichtung der Stahlindustrie zu deutscher Steinkohle konnten das Zechensterben nicht dauerhaft aufhalten. Nach dem dramatischen Einbruch des Kokskohlenabsatzes 1982 stiegen die Haldenbestände auf fast 26 Mio. Tonnen! In der Kohlerunde 1983 wurde beschlossen den Standort ganz aufzugeben. Schon am 23. Dezember 1986 wurden die verbliebenen Förderanlagen stillgelegt, die Kokerei lief noch bis 1993.

Bei so einem Rückblick muss auch an die zahlreichen Opfer des Bergbaus erinnert werden. So starben am 27. Februar 1941

beim schwersten Unglück auf Zollverein 29 Bergleute im Schacht 6/9 nach einer Schlagwetterexplosion.

Welterbe der UNESCO, Kultur- und Wirtschaftsstandort

Das ehemalige Zechengelände hat sich nach 2000 immer mehr zu einem kulturellen Magneten entwickelt. In einer ehemaligen Kohlenwäsche finden sich das Besucherzentrum der Route der Industriekultur und das Ruhr Museum. Das

Museum zeigt in seiner Dauerausstellung 6000 Exponate aus der faszinierenden Geschichte des Ruhrpotts. Daneben bietet das Red Dot Design Museum die weltweit größte Ausstellung zeitgenössischen Designs. Die weitgehend erhaltene Zeche und Kokerei können mit Führungen besichtigt werden, zudem gibt es seit 2012 den Zollverein Park. Auf Zollverein gibt es regelmäßig Tanz- und Performance-Events, Konzerte, eine Eisbahn, im Sommer das Werksschwimmbad. Abgerundet wird das Erlebnis durch Restaurants und Cafés.

MAIK KLAUS



KOKEREI ZOLLVEREIN



HEUTIGE EVENTKULISSE KOKEREI



PANORAMA - KOKEREI



Auch anlässlich der nächsten ExtraSchicht, der „Nacht der Industriekultur“ am **29. September 2019**, gibt es wieder zahlreiche Veranstaltungen. Save the date und Glück auf!

VIEHHALTUNG von allen Seiten bedroht

Die Viehhaltung in NRW ist momentan aus allen vier Himmelsrichtungen gefährdet.

Aus Süden droht die Blauzungenkrankheit zu uns zu gelangen, die alle Wiederkäuer befällt. Sie kostete beim letzten Ausbruch von 2006 im gesamten Verlauf 30.000 Schafen und 8.000 Rindern das Leben. Die Tierseuche konnte erst nach 6 Jahren und nur durch eine Impfpflicht mit schnell entwickeltem Impfstoff aus Deutschland verdrängt werden.

Zudem wachsen die Ausbruchsherde der Afrikanischen Schweinepest (ASP) rund um NRW, die sich mittlerweile in Polen, aber auch in Belgien befinden. Der Übertragungsweg sind vor allem LKW-Fahrer, die kontaminierte Speisereste an Rastplätzen wegwerfen. Über Wildschweine wird die ASP dann in die Hausschweinpopulation übertragen. Aus dem nördlichen Niedersachsen kommend, stellt auch der Wolf eine Gefahr für Weidetiere dar, insbesondere für Schafe und Ziegen.

Als wären diese Bedrohungen für Nutztiere nicht genug, stellte nun ein Gutachten des BUND in Brandenburg fest: Die Freilandhaltung von Legehennen verursache eine erhöhte Nitratbelastung und könne damit gegen das Bundes-Bodenschutzgesetz verstoßen.

All diese Probleme werden von der Landesregierung heruntergespielt. Mein Antrag, die Blauzungenkrankheit präventiv zu bekämpfen, wurde abgelehnt. Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums gegen die ASP, insbesondere eine gesteigerte Bejagung von Wildschweinen, werden lediglich mit Kleckerbeträgen gefördert. Auch die Impfung dagegen muss nach wie vor ein Genehmigungsverfahren durchlaufen. Dass der Wolf mehr geschützt wird als z. B. Lämmer, zeigt, dass sich die CDU langfristig von ihrer ländlichen Kernklientel ab- und den Grünen zuwenden wird.

DR. CHRISTIAN BLEX,
MITGLIED DES LANDTAGS

Besuch der ZENTRALEN UNTERBRINGUNGSEINRICHTUNG in Hamm

Am 12. Dezember 2018 wurde ein Gesetzentwurf verabschiedet, der vorsieht bestimmte Asylsuchende zu einem längeren Aufenthalt (bis zu 24 Monate) in einer der derzeit sieben Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in NRW zu verpflichten.

Es handelt sich um Asylsuchende mit sogenannter „ungeklärter Bleibeperspektive“ sowie um offensichtlich unbegründete oder unzulässige Anträge. Das Ziel ist eine Entlastung der Kommunen und die möglichst konsequente, schnelle Rückführung aus den ZUE – die die SPD als „Lager“ titulierte. Da es immer besser ist sich ein eigenes Bild zu machen, fuhr ich nach Hamm.

So sieht es in der Realität aus. Von wegen Lager ...

Ich wurde von einer großen Delegation empfangen. Die Atmosphäre ist äußerst freundlich und entspannt, die Maltesser machen einen ausgezeichneten Job.

In Hamm sind viele Familien untergebracht, für deren Bedürfnisse die Unterbringung sehr gut geeignet ist. Die Zimmer sind eher spartanisch, was aber auch früher für die Kaserne galt. Von Kindergarten- und Schulräumen über die große Kantine, Sanitätsdienst, Kleiderkammer, Friseurraum bis zu diversen Sportangeboten ist alles vorhanden. In Hamm sind 30 Ehrenamtliche tätig, die viele zusätzliche Leistungen ermöglichen. Auch Angebote im Ort können genutzt werden, denn raus darf jeder – rein kommen nur Berechtigte, dafür ist der auffällige Zaun.

Man kann keinesfalls von „Lagern“ sprechen.

Die Einrichtung ist menschenwürdig, dem Zweck angemessen und gewiss nicht mit einem Lager gleichzusetzen. Recht – was auch Rückführungen beinhaltet – wird hier zukünftig hoffentlich umgesetzt. Wir werden die Situation im Auge behalten.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY,
MITGLIED DES LANDTAGS,
STELV. FRAKTIONSVORSITZENDE

D SEPSIS

SEPSISSTERBLICHKEIT VERRINGERN

Eine unterschätzte Gefahr

Die Sepsis ist eine Reaktion des Körpers auf eine ausufernde Infektion. Dabei verursachen Krankheitserreger wie Bakterien, Viren, Pilze oder Parasiten zuerst eine lokale Infektion. Im Normalfall gelingt es unserem Immunsystem die Erreger bereits direkt am Entzündungsherd einzudämmen, sodass die Infektion nach kurzer Zeit wieder abklingt. Bei einer Sepsis jedoch durchbrechen die Erreger diese lokale Begrenzung und breiten sich über die Blutbahn auf andere Organe aus.

Ein großer Teil der Patienten stirbt an der Sepsis. In Deutschland gab es im Jahr 2013 279.530 registrierte Fälle, was einer Krankenhausrate von 335 Fällen pro 100.000 Einwohnern entspricht. Dabei verstarben 67.849 Menschen, also 24,3 Prozent. Damit ist die Sepsis nach Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems und Krebs die dritthäufigste Todesursache in Deutschland. Sie kostet mehr Menschen das Leben als Darm- und Brustkrebs zusammen genommen.

Eine Sepsis betrifft überdurchschnittlich häufig die Ältesten in der Gesellschaft, wenn das Immunsystem allmählich schwächer wird, aber auch die Kleinsten: Die Frühgeborenen-Sepsis ist eine gefürchtete Komplikation. Aber auch jeder andere kann betroffen sein, wenn er mit einem Bakterium in Kontakt kommt, das sein Körper nicht bekämpfen kann.

Für ein Land, das bei der Zahl der Krankenhaus- und Intensivbetten unter den Spitzenplätzen ist, wirft die ver-

gleichsweise hohe Sepsissterblichkeit erhebliche Fragen zur Qualität unseres Gesundheitswesens auf, welches von Politikern stets als eines der besten der Welt bezeichnet wird. Die meisten Todesfälle durch eine Sepsis wären heutzutage aber durch Impfung, Hygiene, Früherkennung oder Behandlung vermeidbar.

Unser Ziel muss es sein, die Todesfälle durch Sepsis nachhaltig zu reduzieren und ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Sepsis entsteht in 70 bis 80 Prozent der Fälle außerhalb des Krankenhauses, deshalb ist die Aufklärung von Laien und aller ambulant tätigen Gesundheitsdienstleister genauso wichtig wie die Schulung von Ärzten und Pflegekräften in den Krankenhäusern. Wir benötigen bessere Handlungskonzepte, denn im europäischen Vergleich schneidet Deutschland mit am schlechtesten ab. Unseren Forderungen nach dem Aufbau eines Sepsis-Registers, groß angelegten öffentlichen Aufklärungskampagnen sowie einer speziellen Schulung des medizinischen Personals wurde wiederholt nicht nachgegangen, hier schwebt noch immer der Vorwurf des Populismus im Raum.

Sollte durch Populismus auch nur ein Menschenleben gerettet werden, handelt es sich aber um einen Vorwurf, dem wir uns gerne aussetzen.

DR. MARTIN VINCENTZ,
MITGLIED DES LANDTAGS

GENITAL- VERSTÜMMELUNG

Ein Kampf gegen Windmühlenflügel

Die weibliche Genitalverstümmelung, worunter die Amputation u. a. der Klitoris zu verstehen ist, wird inzwischen auch in Deutschland vorgenommen. Allein in NRW gibt es annähernd 10.000 Opfer, die meist aus dem afrikanischen Kulturbereich stammen, und 2.000 davon bedrohte Mädchen.

Obwohl Genitalverstümmelung ein Verbrechen wie Mord und Totschlag ist, gibt es in NRW kein einziges Strafverfahren. Ein Grund, sich der Sache anzunehmen, unsere AfD ist schließlich Rechtsstaatspartei. Es darf keine rechtsfreien Räume mehr geben und endlich müssen wohlfeilen Worten an runden Tischen auch Taten folgen.

Im Dezember-Plenum habe ich in mehreren Beiträgen diese widerwärtige Praxis in verschiedenen Zusammenhängen aufgezeigt. Ich habe appelliert, sich der erbarmungswürdigen Mädchen anzunehmen, und darauf hingewiesen, dass dies verabscheuungswürdige Taten auch im Sinne des Strafgesetzbuches sind. Direkt angesprochen oder gar zuständig fühlte sich beinahe niemand. Auch die Medien haben hier völlig versagt.

Nach umfangreicher Informationsbeschaffung und der Teilnahme an einem runden Tisch nahm die Angelegenheit in Form eines Antrags parlamentarische Fahrt auf.

Und schon war Interesse da: CDU/FDP sprangen auf den Zug auf und stellten einen eigenen Antrag. Der würde wohl kaum bei VroniPlag bestehen, da er zu großen Teilen bei uns abgeschrieben wurde.

Aber darum geht es ja gar nicht. Wichtig ist: Unser Antrag wurde zur Beratung in den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen, dem ich als einziger Mann angehöre.

Dort werde ich folgende Fragen stellen:

- Warum gibt es bei knapp 10.000 festgestellten Verbrechen dieser Art in Nordrhein-Westfalen kein einziges Strafverfahren?
- Warum melden Jugendämter und Ärzte keine Verdachtsfälle an Polizei bzw. Staatsanwaltschaften weiter?
- Welchen Sinn haben die U-Untersuchungen, wenn Verstümmelungen von Kindern nicht zur Anzeige gebracht werden?
- Gibt es in Deutschland ernsthaft ein Gesetz, das Täterinnen schützt und Opfer dem Verbrechen preisgibt? – Ein solches Gesetz ist mir nicht bekannt.
- Warum werden die betroffenen Mädchen nicht aus den Familien genommen? Fehlt es vielleicht an Pflegefamilien, die schwertraumatisierte Kinder aus dem afrikanischen Kulturkreis womöglich mit geringen bis gar keinen Kenntnissen der deutschen Sprache aufnehmen möchten?
- Passt möglicherweise das Täterbild – ausgehend von Männergewalt gegen Frauen – nicht ins tagesaktuelle Gender-Raster der einen oder anderen auch so demokratischen Partei? Ist ihnen klar, dass die Verstümmelungen hauptsächlich von Frauen vorgenommen werden?

Das sind viele Fragen und die Zeit drängt, denn jede Woche, die ungenutzt verstreicht, werden Mädchen aus Nordrhein-Westfalen genitalverstümmelt.

Ich persönlich möchte – und wenn nur im übertragenen Sinne – das Blut dieser kleinen Mädchen nicht an meinen Händen kleben haben und setze auf wirksame Hilfe für die Opfer. Man hilft ihnen sicher nicht, wenn man die Bibliothek des Landtages orange beleuchtet, wie es als Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen geschehen ist.

THOMAS RÖCKEMANN, MITGLIED DES LANDTAGS

Die ‚Schwarze Axt‘

Afrikanischer Terror nistet sich in Europa ein

In Italien hat sich in den vergangenen Jahren die sog. ‚Schwarze Axt‘ als ‚fünfte Mafia‘ etabliert. Diese kriminelle Organisation beherrscht in ihrer Heimat Nigeria mittlerweile weite Teile des Rauschgifthandels und der Prostitution. Sie zeichnet sich durch extreme Brutalität aus, wie sie in Europa in dieser Form bislang nicht vorkam.

Nach Angaben des Mafia-Experten Roberto Saviano hat die Camorra der ‚Schwarzen Axt‘ bereits vor Jahren einzelne Ortschaften komplett überlassen. Fest in ihrer Hand sei seitdem etwa der heruntergekommene ehemalige Badeort Castel Volturno bei Neapel. Er sei zu einer No-Go-Area geworden, mit einem Migrantenanteil von 70 Prozent, hauptsächlich afrikanischen Männern. Saviano hält Castel Volturno dabei für eine ‚Stadt der Zukunft‘, da sie als exterritoriales Gebiet nur noch von Einwanderern und ihren Clans kontrolliert werde und der italienische Staat in ihr nicht mehr präsent sei.

Auch andere Städte, darunter das in Mittelitalien gelegene Ferrara, erleben derzeit, wie sich die Machenschaften und die Präsenz der ‚Schwarzen Axt‘ gen Norden ausbreiten. So berichtete am 7. August 2018 die Basler Zeitung über eine blutige interne Auseinandersetzung der ‚Schwarzen Axt‘ in Ferrara: „Während dreier Tage seien mit Äxten, Macheten und Pistolen bewaffnete Nigerianer immer wieder aufeinander losgegangen und hätten die Stadt mit den weltberühmten Renaissancebauten in eine Kriegszone verwandelt.“

Damit nicht genug: Den italienischen Antimafia-Ermittlern liegen Erkenntnisse vor, dass sich der Aktionsbereich der von nigerianischen Ex-Militärs gegründeten Organisation bereits über Italien hinaus ausgedehnt habe. Laut dem Generalstaatsanwalt des Antimafia-Ausschusses in Italien, Federico Cafiero De Raho, erstreckte sich das nigerianische Mafianetz bereits auf Österreich, die Niederlande und Deutschland. Offenkundig wurde dies erstmals, als vor einigen Jahren das hinter der nigerianischen Mafia-Organisation stehende ‚Neo Black Movement‘ mit einem eigenen Themenwagen beim Berliner ‚Karneval der Kulturen‘ auftrat, bei dem auf der Kühlerhaube das Emblem der Schwarzen Axt prankte.

Aus diesem Grund haben wir zusammen mit unserem Fraktionskollegen Markus Wagner eine Kleine Anfrage an

die Landesregierung gerichtet, um zu erfahren, ob es Hinweise auf Zellen dieser kriminellen Organisation in NRW gibt. Die Regierung kam nicht umhin einzuräumen, dass sie bei Ermittlungsverfahren im Bereich des Menschenhandels und der Zwangsprostitution auf „nigerianische Bruderschaften“ gestoßen sei. Noch scheuen sich unsere Behörden, ihre Taten einer neuen Mafiaoorganisation zuzuschreiben. Es ist zu befürchten, dass wir noch mehr von der ‚Schwarzen Axt‘ hören werden. Auch der Bundesnachrichtendienst sieht dies laut Spiegel Online so: Es sei mit einer Zunahme „der äußerst brutal agierenden Strukturen der nigerianischen Kriminalität“ in Deutschland zu rechnen.

Operation ‚Baseball Cap‘

Polizeiliche Ermittlungen deckten ein gut organisiertes Netz von Menschen- und Drogenhandel auf: Mittellosen wird eine Überfahrt nach Europa gewährt – die Schuld müssen sie in Form von Dienstleistungen für die ‚Schwarze Axt‘ begleichen.

Frauen und Mädchen werden dabei oft in die Prostitution getrieben. Um sich ihrer Loyalität sicher zu sein, werden sie vor der Abreise gezwungen ein bizarres Voodoo-Ritual über sich ergehen zu lassen – den sogenannten ‚Juju-Schwur‘. Damit bedienen sich die Täter abergläubischer Vorstellungen und wirken psychologisch auf tief verwurzelte archaische Weltbilder der jungen Mädchen und Frauen ein, die es aus Angst vor dunklen Mächten nicht wagen, aus ihrer Versklavung auszubrechen.

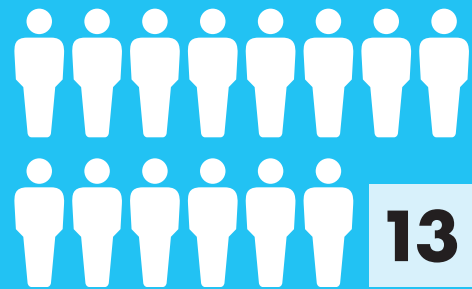
Voodoo, Kannibalismus und extreme Brutalität sind nicht nur archaische Markenzeichen der ‚Schwarzen Axt‘, sie sind auch die Instrumente des Machterhalts, mit denen sie die Menschen innerhalb und außerhalb der Organisation das Fürchten lehrt.

HELMUT SEIFEN, MITGLIED DES LANDTAGS,
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

NIC VOGEL, MITGLIED DES LANDTAGS

ZAHLEN UND FAKTEN

SEIT EINZUG IN DEN NRW-LANDTAG 2017 · STAND 02. APRIL 2019



AFD-FRAKTION
ANZAHL ABGEORDNETE

PARLAMENTSARBEIT

474 KLEINE ANFRAGEN

18 ANTRÄGE AUF EINE
AKTUELLE STUNDE

5 GROSSE ANFRAGEN



564 PLENARREDEN

83 ANTRÄGE

732 AUSSCHUSSSITZUNGEN

10 GESETZENTWÜRFE

18.453 FACEBOOK-FOLLOWER

6.312 BESTER BEITRAG

242.158 HÖCHSTE REICHWEITE



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

198 PRESSEMITTEILUNGEN

111 INTERVIEWS (mit z. B. RTL West, WDR und SAT. 1)

VERANSTALTUNGEN

**3**

EMPFÄNGE (Neujahrsempfang 2018, Sommerfest 2018, Neujahrsempfang 2019)
MIT INSGESAMT RUND 2.500 BESUCHERN

20

BÜRGERDIALOGE – dafür mussten:

164 Raumanfragen gestellt werden

6x ein Rechtsanwalt eingeschaltet werden

2x das Verwaltungsgericht darüber entscheiden

1x das Oberverwaltungsgericht darüber entscheiden



2.240 BESUCHER DER BÜRGERDIALOGE

KURZ INFORMIERT

DAS ENDE DER „BLEISTIFT-AFFÄRE“

Der Abgeordnete Jochen Ritter (CDU) hatte im Februar 2018 in einem WAZ-Interview behauptet: „Sie [die Mitglieder der AfD-Fraktion] wollten die Wahl [des Ministerpräsidenten] beeinflussen, indem sie Bleistifte, mit denen die Wahlscheine auszufüllen sind, abgebrochen haben. [...] Die wollten den Wahlgang sabotieren.“ Dumm nur, dass unsere Fraktion an dieser Wahl nachweislich gar nicht teilnahm.

Die AfD-Landtagsfraktion hatte den CDU-Abgeordneten abgemahnt und Strafanzeige wegen übler Nachrede (§ 186 StGB) erstattet. Aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurde im Herbst 2018 seine Immunität aufgehoben.

Nun hat der zuständige Staatsanwalt das Verfahren eingestellt. Ritter muss im Gegenzug 3000 Euro an eine wohltätige Organisation spenden. Begründet wurde die Einstellung mit der Reue des Beschuldigten und dem „öffentlichen Ausgleich“, der durch Presseartikel im Zusammenhang mit der Aufhebung der Immunität

erfolgt sei. An welche gemeinnützige Organisation der CDU-Abgeordnete spendet, war bei Redaktionsschluss unbekannt.



Der Beschuldigte bedauert sein Verhalten. Er hat bereits vor Einleitung der Ermittlungen eine Unterlassungserklärung gegenüber ihren Mandanten abgegeben, die im Internet veröffentlicht worden ist. Zudem ist die Aufhebung der Immunität von Herrn Ritter MdL Gegenstand von Presseveröffentlichungen gewesen. Mithin ist auch bereits ein „öffentlicher Ausgleich“ im Hinblick auf die verfahrensgegenständlichen Behauptungen in der Presse erfolgt.

Dem Beschuldigten wurde aufgegeben, als Auflage 3.000,00 Euro an gemeinnützige Einrichtungen zu zahlen.



KURZ NOTIERT

Entgeltfortzahlung

Immer mehr Kinder besuchen schon im Babyalter die Kita. Grund hierfür ist in der Regel die Berufstätigkeit der Eltern. Ist das Kind krank, muss Mutter oder Vater zu Hause bleiben und es gesund pflegen. Der Verdienstaustausch geht erst mal zu Lasten der Eltern. Die Krankenkasse erstattet auf Antrag max. zehn Tage Krankengeld im Jahr. Nach Vorbild der AfD Brandenburg wollen wir diesen Missstand verbessern. Ein Antrag zur Entgeltfortzahlung für Eltern erkrankter Kinder ist in Vorbereitung.

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI, MDL

Erweiterte Meldepflicht für sexuell übertragbare Krankheiten

Sexuell übertragbare Krankheiten gehören zu den am meisten unterschätzten Risiken in Deutschland und in NRW. Nicht zuletzt, da viele Infektionen im Verborgenen ablaufen und somit eine Weiterverbreitung unvermeidbar und unkontrollierbar ist. Wir brauchen bundesweite Daten zur Infektion sowie zu den Resistenzen, denn wir müssen einen Überblick über die Situation in Deutschland bekommen. Deshalb habe ich mich mit einem Antrag zur erweiterten Meldepflicht für sexuell übertragbare Krankheiten genau dafür eingesetzt.

DR. MARTIN VINCENTZ, MDL

Besuch aus Südafrika

Am 12. März besuchte uns Dr. Corné Mulder, das dienstälteste Mitglied des südafrikanischen Parlaments, im Landtag. Vor etwa hundert Zuhörern sprach er über die schwierige Lage der Buren und die sich verschlechternde Situation in seinem Heimatland.

Videos seines Vortrags mit deutschen Untertiteln sind hier verfügbar: suedafrika.tritschler.nrw

SVEN W. TRITSCHLER, MDL

Stärkung der Abgeordnetenrechte

Für eine lebendige Demokratie ist eine funktionsfähige Opposition unentbehrlich. Zu deren Aufgaben gehört vor allem die Kontrolle der Regierung. Hierzu bedarf es umfassender Informationsrechte. In NRW haben aber lediglich die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und der Petitionsausschuss ein Akteneinsichts- und Zugangsrecht. Ich fordere solche Rechte für alle Abgeordneten, damit wir unserem Wählerauftrag gewissenhaft nachkommen können!

THOMAS RÖCKEMANN, MDL

Elektro-Mobilität à la Schilda?

Ein Bochumer Bürger regte an, die Buslinie 354 um eine Station zu verlängern. Dies scheiterte jedoch an der Reichweite der geplanten zukünftigen Elektro-Busse: Um die dann rund 850 Meter längere Strecke bedienen zu können, müsste die Stadt einen zusätzlichen Elektro-Bus anschaffen ...

CHRISTIAN LOOSE, MDL

Schöne neue Wohnungswelt, leider zu wenig für alle

Mit Blick auf die Ursachen der Wohnungsnot sprechen wir als AfD-Fraktion seit jeher von Verdrängungseffekten zu Lasten der Einheimischen oder von Massenzuwanderung mit Milliardenkosten. Diese Einsicht haben nun, wenn auch verbrämt, ‚Experten‘, wenn sie sagen: „Fernwanderungsgewinne durch Flüchtlinge (...) verschärfen die Wohnungsnachfrage“ (Die Welt, 21.02.19). Wer hätte das gedacht? Und was für ein Experte muss man sein?

ROGER BECKAMP, MDL

Die AfD deckt auf

In NRW beobachtet der Verfassungsschutz aktuell 109 Moscheen. Das hat selbst uns verunsichert. Nach meiner Ansicht als integrationspolitische Sprecherin stellt sich hier die Frage: Warum werden extremistische Moscheen nur beobachtet und nicht frühzeitig geschlossen, möglichst bevor Gefahren für die Bürger NRWs von ihnen ausgehen und die Integration von Flüchtlingen unnötig behindert wird?

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MDL

Was andere leichtfertig aufs Spiel setzen, ist der AfD wichtig

Durch den geplanten Kohleausstieg sind rund 120.000 Arbeitsplätze in NRW bedroht. Der Kohleausstieg führt dank EU-weitem Zertifikatehandel jedoch zu keinen geringeren CO₂-Emissionen. Stattdessen erhöht er die Strompreise und das Risiko von Blackouts. Die AfD meint, das ist Unsinn, und stellte als einzige Fraktion einen Antrag auf Erhalt der Arbeitsplätze – auch zum Schutz der Versorgungssicherheit der deutschen Industrie.

CHRISTIAN LOOSE, MDL

Freie Fahrt - für manche

Freie Fahrt für grüne Besserverdienerinnen heißt es seit Ostern auf zwei Hauptverkehrsachsen in Düsseldorf. Sogenannte ‚Umweltspuren‘ sollen nur für teure E-Autos sowie Busse, Taxen und Fahrräder verfügbar sein. Alle, die sich kein E-Auto leisten können oder wollen, teilen sich dann eine Spur weniger. Das führt zu noch mehr Stau. Wie man dadurch der angeblich so gefährlichen Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung beikommen will, bleibt ein giftgrünes Geheimnis.

DR. CHRISTIAN BLEX, MDL

Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund im Kreis Mettmann

Diese Zahlen könnten für Eltern mit schulpflichtigen Kindern interessant sein: 66% der Schüler an Hauptschulen haben einen Migrationshintergrund, an Grundschulen sind es 44%, an Gesamtschulen 40%, an Realschulen 47% und an Gymnasien 32%. Einen Spitzenplatz nimmt eine Grundschule in Erkrath ein, dort haben 86% der Schüler einen Migrationshintergrund. Das ergab die Antwort auf eine Kleine Anfrage von Helmut Seifen und mir.

HERBERT STROTEBECK, MDL

Türkisch statt Englisch

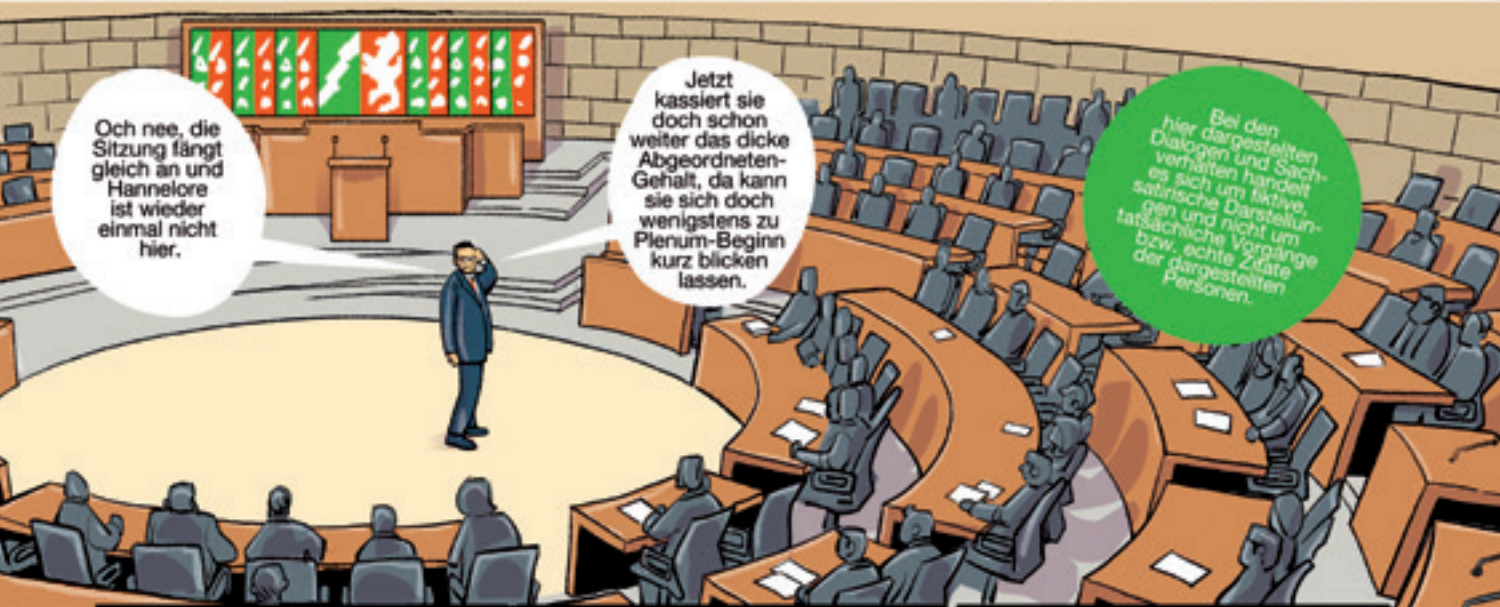
Türkisch statt Englisch für Grundschüler, wenn türkische Muttersprachler überwiegen? Das fordert der Vorsitzende des Landesintegrationsrates Tayfun Keltek. Meine Meinung als integrationspolitische Sprecherin ist, dass der Rat sich schnell umbenennen sollte, denn mit Integration hat das, was Herr Keltek propagiert, nichts zu tun. Ein Bekenntnis zur deutschen Leitkultur sollte für Fördergeldempfänger im Bereich Integration dringend eingeführt werden.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MDL

Kurz vor der Plenarsitzung im Düsseldorfer Landtag realisiert Thomas Kutschaty, Chef der SPD-Fraktion NRW, dass die Ex-Ministerpräsidentin von NRW und der Herzen fehlt ...

Idee:
Tobias Ebenberger
Zeichnungen:
Paul Janson

KRAFTLOS IM LANDTAG



Kommentar

Wie wird sich der Haushalt in NRW entwickeln?

Die öffentlichen Kassen sind voll und die regierenden Politiker sind den diversen Ausgabewünschen ohne Probleme nachgekommen. Das Geld ist ja noch da. Niemand hat nach der Rolle von Mario Draghi gefragt, des Niedrigzinsmagiers der Europäischen Zentralbank, welche quasi im Alleingang den ‚Club Méditerranée‘ im Euro-Raum finanziert. Wirkliche Steuersenkungen für die normal arbeitende Bevölkerung gab es nicht!

Aber was passiert jetzt und kann es einfach so weitergehen?

Die Konjunktur trübt sich ein. Die Bundesregierung hat ihre Prognose für das Bruttoinlandsprodukt für 2019 von 1,8 Prozent auf 1,0 Prozent gesenkt. Außerdem hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz ein Haushaltsloch in Höhe von 25 Milliarden Euro für den Zeitraum bis 2023 verkündet. Gründe dafür sollen die sich eintrübende Konjunktur und die langsamer ansteigenden Steuereinnahmen sein. Darüber hinaus ist der ifo Geschäftsklimaindex im Monat Februar zum sechsten Mal in Folge gefallen, nun auf den niedrigsten Stand seit 2014.

Aber was heißt das für die Finanzlage in NRW?

Die Landesregierung war bisher in der komfortablen Situation, dass sie ihre Zahlen immer zum Positiven korrigieren



HERBERT STROTEBECK,
MITGLIED DES LANDTAGS

konnte. Für 2019 plant die Regierung aber lediglich eine Schuldentilgung von 30 Mio. Euro. Seit ihrem Amtsantritt hat sie das Haushaltsvolumen – auch für 2019 – immer mehr erweitert. Die zusätzlichen Mittel werden aber nicht für den Schuldenabbau verwendet, sondern für zusätzliche Ausgaben. Wir haben das immer wieder kritisiert. Die Risiken am Horizont sind groß. Was passiert, wenn die Konjunktur sich weiter eintrübt? Wir hätten mehr und stärker konsolidieren müssen. Gerade das niedrige Zinsniveau bietet uns in NRW die einmalige Gelegenheit, unseren Schuldenberg von weit über 170 Milliarden Euro zu senken. Die Landesregierung geht von einem Zinsniveau von ca. 1,75 Prozent aus, gegenüber noch 4,25 Prozent 2008. In absoluten Zahlen sind Zinszahlungen in Höhe von 2,385 Mrd. Euro geplant. Selbst bei einer NRW-Schuldbildung lässt sich ausrechnen, dass hier dem Land de facto von der EZB eine Milliardensumme auf Kosten der Sparer geschenkt wird. Leider wurde diese einmalige Chance nicht genutzt.

Kurz vor Schluss

STICHWORT: UPLOADFILTER

Die AfD-Fraktion war die erste, die das Thema bereits im Februar in einer Aktuellen Stunde behandeln wollte. Die Altparteien lehnten den Vorschlag aber im Präsidium ab.

Im März folgten gleich fünf Anträge: einer von CDU/FDP, zwei von der SPD, ein grüner und erneut einer von der AfD. Alle wollten angeblich Uploadfilter verhindern, keiner außer unserem war glaubwürdig. Justizministerin

Barley (SPD) stimmte im EU-Rat für die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung zu und machte den Weg für Uploadfilter frei. Die Grünen waren im Herbst in einer Abstimmung im EU-Parlament mehrheitlich dafür, die drei FDP-MEP verteilten sich auf Ja, Nein und Enthaltung.

Einzig die AfD vertrat eine glaubwürdige Position, da sie sich schon immer gegen Zensur im Netz gewandt hat.

SVEN W. TRITSCHLER, M.D.L.

Vielen Dank

an die Mitglieder des Landtags, die Presseabteilung, die wissenschaftlichen und persönlichen Mitarbeiter, die Fachreferenten sowie alle weiteren Mitwirkenden, die zu diesem Magazin beigetragen haben!

Impressum

Blickwinkel – Politisches Magazin über Aufbruch und Bewahren
AfD-Fraktion NRW

2. Ausgabe: Frühjahr/Sommer 2019

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw

Tel.: 0211 – 884 4572

Fax: 0211 – 884 3182

www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P.: Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Autoren: Roger Beckamp, Dr. Christian Blex,
Iris Dworeck-Danielowski, Andreas Keith, Maik Klaus,
Christian Loose, Thomas Röckemann, Helmut Seifen,
Herbert Strotebeck, Sven W. Tritschler,
Dr. Martin Vincentz, Nic Vogel,
Markus Wagner, Gabriele Walger-Demolsky

Illustrationen
zum Titelthema: Götz Wiedenroth

Bild- und Grafiknachweise

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 7: <https://www.istockphoto.com/de>, Stock-Fotografie-ID: 855484100, 3quarks

Seite 8/9: <https://stock.adobe.com/de>, ID: 84731502 und 84731360, daskleineatelier

Seite 10/11: <https://www.klicksafe.de/ueber-klicksafe/safer-internet-day/sid-2019/mitmachaktion>,
EU-Initiative der Europäischen Kommission, LMK Rheinland-Pfalz u. Landesanstalt
für Medien NRW und Schriftenreihe Medienforschung der LFM, Hass im Netz:
Steuerungsstrategien für Redaktionen, Seite 146, 147, 173, 175

Seite 12/13: dpa – picture alliance, Bild-Nr.: 92241859, Christian Minelli und
<https://www.rote-hilfe.de/rote-hilfe-zeitung>, Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

Seite 18/19: Getty Images, Corbis News, Bild-Nr.: 1080489896, Sebastian Meyer

Seite 24/25: <https://www.istockphoto.com/de>, Stock-Fotografie-ID: 116027178, Camilo Torres

Seite 26: Maik Klaus und <https://stock.adobe.com/de>, ID: 87999631, hannsclegg sowie
<https://www.istockphoto.com/de>, Stock-Fotografie-ID: 180868141, Beeldbewaterking

Seite 30: <https://www.alamy.de>, Bild-Nr.: DYDX9P, Nigel Dickinson/Alamy Stock Foto

Seite 40 u.

Postkarte: <https://www.alamy.de>, F2K19W, lolostock/Alamy Stock Foto

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 20.000

Rechtliche Hinweise

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwangsläufig die Meinung der Herausgeberin wieder. Der Inhalt dieses Druckerzeugnisses wurde sorgfältig ausgewählt und geprüft. Wir geben keine Garantie auf Richtigkeit/Vollständigkeit der Inhalte und haften nicht für Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden.

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Artikeln – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung der Herausgeberin. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.

JA, ICH WILL DEN NEUEN **BLICKWINKEL**

SIE MÖCHTEN UNSER KOSTENLOSES
MAGAZIN **BLICKWINKEL** ABONNIEREN
UND IN ZUKUNFT PORTOFREI NACH
HAUSE GESCHICKT BEKOMMEN?

Nichts einfacher als das. Füllen Sie dazu die beiliegende
Postkarte aus und senden Sie sie an uns zurück.



Sie können unser Magazin auch online abonnieren.
Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die
Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel